

Finanzpolitik: Bürgerliste verteidigt Gebührenerhöhungen bei den Kindergärten

LBL vermisst Sparwillen bei der SPD

Lautertal. "Spannend und komplex auf jeden Fall, vergnügungssteuerpflichtig aber auf gar keinen Fall", so stellten sich die Beratungen über den Haushalt der Gemeinde Lautertal für die Lautertaler Bürgerliste (LBL) dar. Jedem Beteiligten müsse klar geworden sein, dass es ein "Weiter so" bei der Finanzpolitik in Lautertal nicht geben könne.

"Im Sommer wurde Vertretern aller Fraktionen im Regierungspräsidium Darmstadt unmissverständlich klar gemacht: Die Investitionen bei der Trinkwasserversorgung werden nur dann genehmigt, wenn die Gemeinde ihre freiwilligen Leistungen überprüft und vor allem ihre Gebührenhaushalte mittelfristig ausgleicht", erinnert die LBL.

Das bedeute konkret: "höhere Gebühren auf breiter Front - auch bei den Kindergärten", bedauert die Bürgerliste. Daher habe sie mit der CDU beschlossen, die Elternbeiträge zum 1. August um 15 Prozent zu erhöhen. Diese Entscheidung habe sich keiner leicht gemacht. Ein Blick auf die Zahlen spreche aber eine klare Sprache: Momentan liege die Deckung der Betriebskosten durch Elternbeiträge unter 20 Prozent. Die Gebäudeunterhaltung und Investitionen würden auch weiterhin komplett über Steuern finanziert. Bei der Sanierung der Kindergärten stünden erhebliche Investitionssummen an.

"Im Haushalt für 2017 sind für Betriebskosten und für die Unterhaltung der Gebäude rund 1,2 Millionen Euro eingestellt. Dies sind fast zehn Prozent des Gesamthaushaltes. Gerade an diesem Beispiel zeigen sich eklatant die Versäumnisse der vergangenen Jahre: Man hat sich in Lautertal an öffentliche Leistungen gewöhnt, die größtenteils nicht über Gebühren, sondern über Schulden finanziert wurden", schreibt die LBL weiter. Die Gemeinde sei nun aber an einem Punkt angekommen, wo sie nicht nur keine weiteren Schulden machen dürfe, sondern auch die aufgelaufenen Kassenkredite in Höhe von fast sieben Millionen Euro schrittweise abbauen müsse.

Kritik an Politik der Vergangenheit

"Die Gemeinde hat bereits 2013 mit dem Land Hessen einen Konsolidierungsvertrag abgeschlossen, in dem festgeschrieben wurde, dass ab dem Jahr 2017 im Ergebnishaushalt - also bei den laufenden Kosten - keine Defizite mehr entstehen

dürfen. Es wäre ein Zeichen politischer Redlichkeit, wenn sich die Verantwortlichen der vergangenen Jahre dieser Verantwortung stellen würden, anstatt sich schamlos als Opposition darzustellen", kritisiert die Bürgerliste SPD und Grüne Liste.

So habe die SPD während der gesamten Haushaltsberatungen "keine Vorschläge zu Einsparungen gemacht und nur höhere Ausgaben an vielen Stellen gefordert. Eine solche Politik hat die Gemeinde an den Punkt gebracht, wo sie sich jetzt befindet: finanziell und strukturell mit dem Rücken an der Wand."

Die LBL stelle sich den Aufgaben, sie sind bereit, Kritik anzuhören und mit Betroffenen zu diskutieren. "Wir sind aber nicht bereit, uns von den Verursachern dieses Dilemmas in die Ecke drängen und als unsozial darstellen zu lassen."

Lautertal mit seinen 7100 Einwohnern unterhalte sechs Kindergärten. Dies sei weit und breit einmalig. Für soziale Einrichtungen - darunter die Jugendpflege - werde weiterhin überdurchschnittlich viel Geld ausgegeben. Hier nehme die Kommune fast 100000 Euro in die Hand und unterstütze damit auch die Jugend über die Gemeindegrenzen hinaus. *tm/red*

© *Bergsträßer Anzeiger, Mittwoch, 14.12.2016*

<http://www.morgenweb.de/region/bergstrasser-anzeiger/lautertal/lbl-vermisst-sparwillen-bei-der-spd-1.3079979>